

## **Obrigkeit** **Römer 13,1-7; 23. So. n. Trinitatis IV)**

Eine Predigt von Bernhard Kaiser

---

<sup>1</sup>Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott angeordnet. <sup>2</sup>Wer sich nun der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt der Anordnung Gottes; die ihr aber widerstreben, ziehen sich selbst das Urteil zu. <sup>3</sup>Denn vor denen, die Gewalt haben, muß man sich nicht fürchten wegen guter, sondern wegen böser Werke. Willst du dich aber nicht fürchten vor der Obrigkeit, so tue Gutes; so wirst du Lob von ihr erhalten. <sup>4</sup>Denn sie ist Gottes Dienerin, dir zugut. Tust du aber Böses, so fürchte dich; denn sie trägt das Schwert nicht umsonst: Sie ist Gottes Dienerin und vollzieht das Strafgericht an dem, der Böses tut. <sup>5</sup>Darum ist es notwendig, sich unterzuordnen, nicht allein um der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen. <sup>6</sup>Deshalb zahlt ihr ja auch Steuer; denn sie sind Gottes Diener, auf diesen Dienst beständig bedacht. <sup>7</sup>So gebt nun jedem, was ihr schuldig seid: Steuer, dem die Steuer gebührt; Zoll, dem der Zoll gebührt; Furcht, dem die Furcht gebührt; Ehre, dem die Ehre gebührt.

---

### **Einleitung**

„Unser Bürgerrecht aber ist im Himmel“ (Phil 3,20) schreibt Paulus an die Philipper. Wir bedenken, was das heißt. Starten wir mit der Beobachtung, daß die meisten von uns einen Personalausweis oder Reisepaß haben, aus dem hervorgeht, in welchem Land wir Bürgerrecht haben. Wir sind Deutsche, Schweizer, Holländer, Österreicher, Ungarn, Franzosen, Spanier, Briten oder Bürger eines anderen Landes dieser Erde. Das bedeutet, daß für uns – allemal als Bürgern der Europäischen Union – die demokratischen Grundrechte gelten und daß wir das Recht haben, uns in den betreffenden Ländern aufzuhalten. Wir können die Leistungen unseres Landes in Anspruch nehmen und darin freilich auch unsere Steuern zahlen. Wir dürfen das aktive und passive Wahlrecht in unserem Land ausüben. Unser Reisepaß weist uns darüber hinaus als Bürger eines Landes aus, dessen Einwohner in den meisten anderen Ländern der Erde willkommen sind. Kurzum, wir schätzen es, hier auf Erden in unserem Land Bürgerrecht zu haben. Wir sollten Gott dafür dankbar sein, daß wir in einem Staat leben, in dem noch eine einigermaßen funktionierende Rechtsordnung gilt.

Doch das ist nur die eine Seite der Existenz des Christen. Wenn Paulus sagt, „Unser Bürgerrecht aber ist im Himmel“, dann hat er das Ziel vor Augen, das für den Christen gilt, nämlich, daß er teilhat am Reich Gottes, an der neuen, künftigen Schöpfung. Er hat dort bereits einen Wohnsitz, nach dem Wort Jesu: „Ich gehe hin, euch die Stätte zu bereiten. Und wenn ich hingehe, euch die Stätte zu bereiten, will ich wiederkommen und euch zu mir nehmen, damit ihr seid, wo ich bin“ (Joh 14,2-3). Wir Europäer sind es seit einigen Jahren gewohnt, frei reisen zu können. Grenzkontrollen sind im Schengen-Raum abgeschafft. Aber wir werden uns noch erinnern, daß es Grenzkontrollen gab. In aller Regel konnten wir die Grenzen zu den Ländern, in die wir reisen wollten, problemlos passieren. Aber jeder weiß, daß es auch Zeiten gab, in denen Menschen an einer Grenze abgewiesen wurden. Auch heute noch kommt so etwas vor. Ein Bürgerrecht im Himmel zu haben bedeutet nun, daß wir dann, wenn wir vor den Toren des Himmels stehen, wenn wir also durch den Tod aus dieser Welt abgerufen werden, einen freien

und offenen Zugang zum Himmel, zum Reich Gottes haben werden. Das ist zweifellos eine großartige und tröstliche Perspektive im Blick auf die Zukunft. Indes wird nur der in das Reich Gottes eingelassen, der dort Bürgerrecht hat. Das ist derjenige, der Jesus Christus als seinen Erlöser erkannt hat und dem Evangelium vertraut. Wer nicht an ihn glaubt, der wird das Reich Gottes nicht sehen, er wird an der Grenze abgewiesen. Er muß und wird draußen bleiben, wo Heulen und Zähneklappern sein Schicksal sein wird.

Nun mag es vorkommen, daß Christen im Bewußtsein, Himmelsbürger zu sein, den Staat verachten, wenn er ihnen nicht wohlgesonnen ist, sondern ihnen mit offener Diskriminierung oder gar systematischer Verfolgung begegnet. Die Christen der beiden ersten Jahrhunderte der Kirchengeschichte fanden im Römischen Reich einen solchen Staat vor. Möglicherweise entwickelten sie gegenüber dem Staat eine Haltung der Gleichgültigkeit, sie schätzten seine Autorität gering, sie betrieben gut getarnt Steuerhinterziehung und verweigerten ihm wo sie nur konnten den Gehorsam.

Paulus hielt es für nötig, ihnen zu sagen, wie sie sich im Blick auf diesen Staat verhalten sollten, umso mehr, als es um die christliche Kirche in der Reichshauptstadt ging. In Rom herrschte damals – von etwa 54 bis 68 nach Christus – der Kaiser Nero. Er entpuppte sich im Laufe seiner Herrschaft als wahrer Christenhasser, denn er veranstaltete nach dem Brand Roms, der im Jahre 64 geschah, die erste öffentliche Christenverfolgung. Es ist denkbar, daß Paulus während dieser Verfolgung den Märtyrertod erlitt. Paulus erlebte auf seinen Missionsreisen auch den Widerstand der heidnischen Gesellschaft, und insofern rechnete er mit einem möglichen gewaltsamen Tod. Doch eben dieser Paulus hielt es für nötig, die Christen zu lehren, dem Staat, in dem sie lebten, loyal zu begegnen. Er begründet dies mit der Einsicht, daß die weltliche Obrigkeit von Gott ist. Darüber ist zuerst zu sprechen, bevor wir über die Haltung der Christen gegenüber dem Staat sprechen können.

## **1. Weltliche Obrigkeit ist von Gott**

Die Tatsache, daß es weltliche Obrigkeit gibt, ist eine Einrichtung Gottes. Dieser Sachverhalt ist seit der Aufklärung aus dem Blickfeld geraten. Vertragstheorien wurden stattdessen vorgetragen: Die Gesellschaft ordne sich aus sich selbst heraus wie in einem Vertrag, und im Rahmen eines solchen Vertrages gebe es denn auch eine Obrigkeit, eine herrschende Klasse, die für die Einhaltung der Gesetze Sorge tragen müsse. Mit anderen Worten, die Obrigkeit ist nicht von Gott, sondern vom Menschen gemacht. Noch zur Zeit der Reformation sah man den Ständestaat als gottgegebene Ordnung an. Da gebe es Lehrstand, die Kirche, den Wehrstand, den Adel und die Fürsten, und den Nährstand, die Bürger und Bauern. Jeder sollte das seinem Stand Entsprechende tun. Doch die Grenzen zwischen den Ständen wurden mehr und mehr durchlässig und das Denken über die Gesellschaft änderte sich, so daß wir nun seit hundert Jahren eine demokratische Gesellschaft haben, in der alle Menschen gleichberechtigt sind. Die Bibel macht im übrigen keine Aussage darüber, welche Staatsform die richtige ist. Sie stellt es offenbar ins Belieben eines jeden Volkes, sich seine Regierung zu schaffen. Ich erspare mir hier die Diskussion über die Frage, was denn eine gerechte Gesellschaftsordnung sei. Nur so viel sei gesagt, daß ein Recht, das auf den Geboten Gottes gründet, ein hohes Maß an sachlicher Richtigkeit und Dauerhaftigkeit bietet, und zwar in allen Staatsformen.

Auch eine demokratische Gesellschaft braucht eine Obrigkeit, eine Regierung, die dafür Sorge trägt, daß gerechte Gesetze erlassen werden und ihre Einhaltung gewährleistet wird. Das besondere Kennzeichen der Demokratie ist nun, daß die Regierung vom Volk gewählt wird. So scheint es, daß die Obrigkeit nicht von Gott verfügt, sondern von

Menschen gemacht ist. Doch wir dürfen nicht übersehen, daß Obrigkeit generell notwendig ist, und daß die Menschen es bejahen, daß es Menschen gibt, die vorangehen, die Politik machen, die Gesetze erlassen und die für die Einhaltung der Gesetze Sorge tragen. Die Anarchie, also die Gesellschaftsform ohne Regierung, kann nicht bestehen, weil sonst das Unrecht in der Gesellschaft überhandnimmt.

Es gehört also zu den Grundbedingungen gesellschaftlichen Zusammenlebens, daß es Obrigkeit gibt. Darin steht die Ordnung Gottes, und deswegen kann Paulus auch sagen, daß es keine Obrigkeit gibt ohne Gott. Gott verfügt Obrigkeit. Er handelt dabei in der gefallenen Welt und mit sündigen Menschen. Er läßt es geschehen, daß zwiespältige Menschen und bisweilen richtige Verbrecher an die Macht kommen. Nehmen wir als Beispiel Pilatus. Er mag vielleicht kein notorischer Gesetzesbrecher gewesen sein, aber er fand nicht die Kraft, die Juden mit ihrer Forderung nach der Kreuzigung Jesu in ihre Schranken zu weisen. Wider besseres Wissen überließ er Jesus ihrem Willen. Während seines Verhörs jedoch sagte Jesus zu ihm: „Du hättest keine Macht über mich, wenn es dir nicht von oben her gegeben wäre“ (Joh 19,11).

Von der Schwertgewalt unter Menschen lesen wir in der Bibel der Sache nach erstmals im Zusammenhang des Noachitischen Bundes. In diesem Bund, den Gott mit Noah nach der Sintflut machte, heißt es: „Auch will ich euer eigen Blut, das ist das Leben eines jeden unter euch, rächen und will es von allen Tieren fordern und will des Menschen Leben fordern von einem jeden Menschen. Wer Menschenblut vergießt, dessen Blut soll auch durch Menschen vergossen werden; denn Gott hat den Menschen zu seinem Bilde gemacht“ (1Mose 9,5-6). Es liegt auf der Hand, daß dazu menschliche, obrigkeitliche Gewalt ermächtigt wird, die Strafe zu vollstrecken.

Wenn also Paulus davon spricht, daß die Obrigkeit das Schwert führt, dann ist dies einerseits ein Bild für die Gewalt, die der Obrigkeit eignet. Wir sprechen in Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vom Gewaltmonopol des Staates. Das ist schriftgemäß. Es bedeutet, daß der Bürger nicht das Recht selbst in die Hand nehmen darf, sondern daß dies der Staat im Zusammenhang einer ordentlichen Gerichtsbarkeit handhabt und im gegebenen Fall freispricht oder schuldig spricht und bestraft.

Ein wesentliches Motiv in der Ausstattung der Obrigkeit mit der Waffengewalt ist die Tatsache, daß Gott das Recht liebt (Ps 37,28). Er will, daß die Menschen, die ja aufgrund ihrer Sündhaftigkeit geneigt sind, das Recht zu brechen, mit Gewalt davon abgehalten werden beziehungsweise daß sie bestraft werden, wenn sie es trotzdem tun. Daß damit das Unrecht in dieser Welt nicht ausgerottet wird, liegt auf der Hand, aber es wird im Zaum gehalten.

Das Schwert ist indes auch ein Bild für die Todesstrafe, die im Noachitischen Bund eingerichtet wurde und die auch durch das Gesetz vom Sinai für verschiedene Fälle vorgesehen wurde. Insofern ist die Todesstrafe nicht falsch, und im Sinne des Noachitischen Bundes, der ja nicht speziell auf das jüdische Volk bezogen ist, sondern auf die ganze Menschheit, wäre sie bei einem Mörder angebracht. Angesichts der Tatsache, daß sie in der Bibel oft nicht vollzogen wurde, mag man die Frage stellen, ob man nicht auch andere Formen der Strafe für einen Mord verhängen kann. Trotzdem: Strafe muß sein, wenn ein Gesetz übertreten wird.

Sowohl im Schutz des Rechts als auch in der Bestrafung des Übertreters ist die Obrigkeit Gottes Dienerin. Sie dient damit auch dem Christen, weil sie ein geordnetes Zusammenleben gewährleistet, und zwar auch als heidnische, nichtchristliche Obrigkeit,

die sich gar durch Aberglauben und Götzendienst legitimiert. Es ist besser eine heidnische Ordnung zu haben als gar keine oder eine schlechte.

## 2. Der Gehorsam gegenüber der Obrigkeit

Nun sagt unser Predigttext: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat.“ Gleiches sagt übrigens auch Petrus: „Seid untertan aller menschlichen Ordnung um des Herrn willen, es sei dem König als dem Obersten oder den Statthaltern als denen, die von ihm gesandt sind zur Bestrafung der Übeltäter und zum Lob derer, die Gutes tun“ (1Petr 2,13-14), und er fügt kurz darauf hinzu: „Ehrt jedermann, habt die Brüder lieb, fürchtet Gott, ehrt den König!“ (1Petr 2,17). Es ist damit ganz klar, daß der Christ der Obrigkeit mit Respekt begegnet und sich an die geltenden Gesetze hält. Das ergibt sich aus der vorhin besprochenen Einsicht, daß Obrigkeit von Gott ist. Der Gehorsam gegenüber der Obrigkeit ist also ein Teil des Gottesdienstes des Christen.

Dabei geht es nicht nur um das Einhalten der spezifischen Gebote Gottes, sondern auch um das Recht, das im Rahmen der staatlichen Ordnung gilt. Nehmen wir als Beispiel die Straßenverkehrsordnung. Wir haben in Kontinentaleuropa Rechtsverkehr, während in Großbritannien Linksverkehr gilt. Es ist aus biblischer Sicht egal, ob man rechts oder links fährt. Aber indem in einem Staat beschlossen wird, rechts zu fahren, gilt dieses Recht, und alle müssen sich daran halten. Im übrigen gilt dieses Recht auch vor Gott, und es wäre Sünde gegen Gottes Anordnung, der Obrigkeit untertan zu sein, wollte man sich über das Rechtsfahrgebot hinwegsetzen.

Ausdrücklich spricht Paulus von Steuern und Zoll und erklärt, daß der Staat diese mit Recht erhebt. Es liegt auf der Hand, daß der Staat Geld braucht, um handlungsfähig zu sein, und es ist legitim, wenn er dafür seine Bürger zur Kasse bittet. Der Vorteil, den die Demokratie in diesem Zusammenhang bietet, ist der, daß man in den Parteien und Parlamenten offen über die Höhe der Steuern und deren Verwendung debattieren kann und auf dem Wege eines Mehrheitsbeschlusses zu einem rechtsverbindlichen Ziel kommen kann. Es ist freilich immer wieder zu beobachten, daß ein Staat immer höhere Steuern und Abgaben erhebt, weil er immer neuen Aufgaben an sich zieht, die eigentlich in der Verantwortung der Bürger stehen. Doch solange die Bürger sich das bieten lassen und die Steuersätze und die Höhe der Abgaben festgelegt sind, müssen sie ihre Steuern und Abgaben entrichten.

Der Gehorsam gegenüber der Obrigkeit gilt dem Christen auch dann, wenn er Teil der Obrigkeit ist, als Mitglied eines Parlaments, als Polizist, als Richter, als Minister oder als Bürgermeister oder auch als einfacher Angestellter einer Behörde. Auch hier gilt: *Lex Rex* – das Gesetz ist König, und zwar ist dies das jeweils geltende Gesetz. Auch wenn es für jedes Gesetz einen gewissen Interpretationsspielraum geben mag, weil ein Gesetz immer auch auf einen Einzelfall angewendet werden muß, so kann doch niemand einem Gesetz einen Sinn unterstellen, der seinem Wortlaut widerspricht.

Doch wie wir alle wissen, können Obrigkeiten gleich welcher Art, ob in einer Demokratie, einer Aristokratie oder einer Monarchie Fehler machen, falsche Gesetze erlassen und das Recht mißbrauchen, ja mitunter bösartige Unrechtsregime aufbauen. Die Diktaturen von links und rechts aus dem vergangenen Jahrhundert liefern dazu reichlich Anschauungsmaterial. In deren Zusammenhang sind auch viele Christen Opfer solchen Unrechts geworden. Angesichts dessen müssen wir die Mahnung des Apostels, der Obrigkeit untertan zu sein, relativieren durch die Aussage des Petrus: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apg 5,29). Eine Obrigkeit soll die äußere Ordnung

schützen, aber sie kann nicht über den Glauben und die Gewissen der Bürger regieren. Wir müssen heute sagen: Der Staat hat in weltanschaulichen Fragen schwach zu sein. Respektiert er die Glaubens- und Gewissensfreiheit seiner Bürger nicht, wird er zum Weltanschauungsstaat und gewinnt totalitäre Züge. Das ist eine immer wieder zu beobachtende Tendenz weltlicher Obrigkeiten, auch gegenwärtig. In einer Demokratie aber haben wir den Vorteil, eine inkompetente oder herrschsüchtig regierende Obrigkeit abzuwählen und durch eine andere zu ersetzen.

Damit möchte ich sagen, daß der Gehorsam gegenüber der Obrigkeit eine Grenze findet, wo Gottes Gebot dem Willen des Gesetzgebers entgegensteht. Johannes der Täufer jedenfalls wagte es, Herodes wegen seines ehebrecherischen Verhältnisses zu kritisieren. Es kostete ihn schlußendlich seinen Kopf. Totalitäre Systeme, wie wir sie aus dem 20. Jahrhundert und auch früheren Jahrhunderten kennen, haben stets versucht, die freie, öffentliche Verkündigung des Evangeliums zu hindern. Versammlungen von Christen in Kirchen, öffentlichen Räumen oder auch im privaten Rahmen wurden zum Teil verboten oder bespitzelt, Pastoren und Presbyter wurden mit dem Schein des Rechts verhaftet und kriminalisiert, in der Gegenreformation sogar im Namen einer sich christlich nennenden und vom Glauben abgefallenen Kirche. Doch das Gebot Jesu, das Evangelium zu verkündigen gilt auch unter derartigen politischen Verhältnissen. Dann mag es sein, daß sich die Kirche im Untergrund versammelt. Gottes Wort ist nicht gebunden.

Zivilen Ungehorsam jedoch wird der Christ üben, wenn ein Unrechtsregime oder ein ungerechtes Gesetz etwa den Tod von unschuldigen Menschen fordert, und er ihn vollstrecken müßte. Unter der Perspektive, daß diese Welt vergeht und er das ewige Leben hat, wird er im gegebenen Fall lieber Nachteile oder gar den Tod in Kauf nehmen, als seine Hände mit dem Blut unschuldiger Menschen zu besudeln.

Auch unter solch widrigen Verhältnissen werden Christen sich bemühen, um Christi willen gute Werke zu tun, etwa nach dem Wort des Paulus an Titus: „Erinnere sie daran, daß sie der Gewalt der Obrigkeit untertan und gehorsam seien, zu allem guten Werk bereit, niemanden verleumden, nicht streiten, gütig seien, alle Sanftmut beweisen gegen alle Menschen“ (Tit 3,1-2). Gottlose Regierungen werden nicht davor zurückschrecken, Christen, die solche guten Werke tun, um ihres Glaubens willen zu kriminalisieren. Sie lassen lieber Diebe, Betrüger und Menschenhändler frei herumlaufen, als daß sie den Widerspruch zu ihrer Ideologie tolerieren. Auch mit solchen Perversitäten muß die rechtmäßige christliche Kirche leben und sich demgegenüber klug verhalten.

## **Schluß**

Wir halten fest: Der Christ steht in zwei Reichen. Einerseits ist er durch den Glauben an das Evangelium ein Bürger des Himmels und freut sich auf die Teilhabe an der neuen Schöpfung. Andererseits steht er als Mensch in dieser Welt und ist Bürger eines irdischen Staates. Er dient Gott, indem er im Glauben lebt und den Willen Gottes tut. Er tut den Willen Gottes auch, indem er das in seinem Land geltende Recht respektiert und hält. Ausdruck dieses Respektes ist es, für die Obrigkeit zu beten, wie Paulus gemahnt (1Tim 2,2), und Gott gebe es, daß seine Kirche im Frieden leben möge und ihr der Konflikt mit einer gottlosen Obrigkeit erspart bleibe.

Amen.

Sie brauchen das IRT – das IRT braucht Ihre Unterstützung! *Deutschland*: Volksbank Mittelhessen, IBAN: DE84 5139 0000 0045 6326 01; BIC: VBMHDE5F. - *Schweiz*: Raiffeisenbank Schaffhausen, BC 81344; IBAN: CH29 8134 4000 0092 1077 1 (EUR) oder CH34 8134 4000 0092 1077 8 (CHF).